

BLICKPUNKT PLENUM

01. – 03. April 2014

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde



Bemühungen um Ärzteversorgung völlig unzureichend

Die SPD-Fraktion hat die Summe der Förderung in Zusammenhang mit der Ankündigung der Bildung regionaler Gesundheitsnetzwerke als unzureichend bezeichnet. Angesichts von weit über zwei Milliarden Euro Umsatz für ambulante Versorgung in Hessen ist eine Förderung in Höhe von 800.000 Euro allenfalls ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die SPD-Landtagsfraktion hat dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt, der auch durch ein Gutachten renommierter Gesundheitsexperten bestätigt wurde. Die örtlichen Beteiligten an der gesundheitlichen Versorgung und die Kommunen müssen Entscheidungskompetenzen und ein regionales Budget erhalten. Nur so werden sinnvolle Strukturen in allen Regionen Hessens gewährleistet. Dem Zentralisierungswahn der Kassenärztlichen Vereinigung wird damit ein Riegel vorgeschoben.

SPD will konsequente Aufklärung der NSU-Morde in Hessen

Für eine parteiübergreifende Zustimmung zur Einsetzung eines NSU-Sonderausschusses hat die SPD-Landtagsfraktion geworben. Die SPD möchte sowohl die Fehler bei der Aufklärung der NSU-Morde aufarbeiten, als auch Handlungsempfehlungen für den offensichtlichen Reformbedarf bei den hessischen Sicherheitsbehörden erstellen. Dieser Aufgabe sollen sich alle Fraktionen des Hessischen Landtages stellen. Parlamentarisch ist dies durch die Einsetzung eines Sonderausschusses möglich. Sollte man zu einer fraktionsübergreifenden Einigung kommen und diese in der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses oder in einer Enquetekommission münden, so wird sich die SPD diesem Votum nicht verschließen.

Aus Sicht der SPD ist es der falsche Weg, sich allein der Vermeidung künftiger Fehler innerhalb der hessischen Sicherheitsbehörden zu widmen und dies in die Hände einer von der Landesregierung benannten Expertenkommission zu legen. Denn auch die Tatsache, dass eine Reihe von Zeugen, so zum Beispiel die Staatsanwaltschaft, Mitglieder der Ermittlungsgruppe bei der Polizei und das Landeskriminalamt, für den Mord in Kassel nie gehört worden sind, spielt für die SPD eine entscheidende Rolle. Der Sonderausschuss soll sich mit konkreten Aspekten beschäftigen. Dazu zählt die SPD die Analyse und Bewertung der Ermittlungsarbeit, des Zusammenwirkens der Sicherheitsbehörden und die strukturellen Rahmenbedingungen der polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in Hessen zur Aufklärung der NSU-Morde.

Krankenhausgesetz reformieren

Die SPD-Landtagsfraktion hat einen Gesetzentwurf für ein hessisches Krankenhausgesetz vorgestellt. Pflege verdient Respekt, Unterstützung und Beteiligung an den wichtigen Entscheidungen im Krankenhaus. Angesichts der Bedeutung der Pflege und des drohenden Fachkräftemangels sind nach Ansicht der SPD dringende Änderungen erforderlich. Die Rolle der Pflege muss in den Krankenhäusern gestärkt werden.

Dazu gehört nach Ansicht der Sozialdemokraten eine gleichberechtigte Stellung in der Klinikleitung, damit ein Übergewicht der Heilberufe vor ökonomischem Denken besteht. Auch eine Beteiligung des Landespflegerats am Krankenhausausschuss und den Gesundheitskonferenzen ist notwendig. Personalstandards sind erforderlich, damit das Personal nicht durch weitere Arbeitsverdichtung noch stärker überfordert und ausgebeutet wird. Dies soll zu besseren Arbeitsbedingungen und mehr Sicherheit für die Pflege insgesamt führen. Die SPD sprach sich zudem für eine Beteiligung an den Sondereinnahmen von Privatpatienten, wie sie auch die Ärzte erhalten, aus. Regeln zur Erfassung von Überlastanzeigen und kritischer Belastungssituationen und die Abschaffung des „Pfleagemissachtungsparagraphen 8“ im Hessischen Heimgesetz sind weitere Maßnahmen zur Stärkung der Pflege.

Mit diesen Änderungen soll eine Mitbestimmung der Pflege im Sinne der Patienten bewirkt werden.

Zugleich kommen diese Maßnahmen auch anderen Berufsgruppen zu Gute, die ebenfalls ständig an der Belastungsgrenze arbeiten müssten. Zusätzlich fordert die SPD eine geordnete Krankenhausplanung und die Planbarkeit von Krankenhausinvestitionen nach klaren Kriterien. Krankenhausversorgung muss ordentlich und überall gut organisiert sein. Dazu sind ausreichende Finanzmittel für Investitionen und eine abgestimmte Krankenhausplanung unverzichtbar.

Eltern-Mobbing beenden – G9 wieder einführen

Eine Beendigung des Eltern-Mobblings hat die SPD-Landtagsfraktion gefordert und dafür die Landesregierung aus CDU und Bündnis 90/Die Grünen verantwortlich gemacht. Schwarz-Grün hat Erwartungen und Hoffnungen auf die Rückkehr zu G9 geweckt, die sich nicht erfüllen werden. Die Zauberformel Wahlfreiheit ist kein Patentrezept für Schulfrieden. Der Versuch alle Befindlichkeiten zu bedienen, kann nicht gelingen. Die Wahl zwischen G8 und G9 hat zu Zwist und Frust an den Schulen geführt. Die Idee, dass eine anonyme Befragung vor Mobbing schützt, ist ein Holzweg. Der Druck auf die Eltern, die bei G8 bleiben wollten, ist so groß, weil schon ein Elternteil die Rückkehr zu G9 verhindern kann.

Die Rückkehr zu G9 über die Wahlfreiheit der Eltern zu definieren, ist ein Weg in die Sackgasse. Dabei wäre es einfacher gegangen. Niedersachsen zeigt, dass eine komplette Rückkehr zu G9 trotz Vertrauensschutz möglich ist und trotzdem auch Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit zu Schulzeitverkürzung haben können. Statt Hauruck-Verfahren wäre dieser Weg nicht nur die einfachere, sondern auch die bessere Lösung gewesen. Die SPD-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf, den G8/G9-Murks zu stoppen und dem Beispiel Niedersachsens zu folgen.

HGO: Gesetzentwurf zur wirtschaftlichen Betätigung reicht nicht aus

Als nicht ausreichend hat die SPD-Landtagsfraktion den vorgelegten Gesetzentwurf von CDU und GRÜNEN hinsichtlich der Änderung des Paragraphen 121 der Hessischen Gemeindeordnung als bezeichnet. Nach diesem Gesetzentwurf dürfen die Kommunen zukünftig auf dem Gebiet der Energiewirtschaft sowie im Rahmen der Breitbandversorgung wirtschaftlich tätig werden. Für die Aufnahme dieser Tatbestände hat sich die SPD-Fraktion seit langem ausgesprochen. Die Regierungskoalition hat jedoch die Gelegenheit verpasst, endlich eine vernünftige Reform vorzunehmen.

Nach wie vor enthält die vorliegende gesetzliche Regelung unnötige bürokratische Hindernisse. So soll die wirtschaftliche Betätigung nur innerhalb des Gemeindegebietes also im regionalen Umfeld in Form interkommunaler Zusammenarbeit möglich sein. Es muss eine Markterkundung durchgeführt werden. Hierdurch wird das Verfahren unnötig verlängert und verkompliziert. Es gehört zu den klassischen Aufgaben der Städte und Gemeinden, dass sie im Rahmen der Daseinsvorsorge für eine vernünftige Infrastruktur einer Kommune zuständig sein sollen. Hierzu gehört auch der Bereich der Wohnungswirtschaft. Gleichzeitig forderte die SPD-Landtagsfraktion die CDU auf, endlich die Umsetzung der erneuerbaren Energien auch vor Ort dezentral zu ermöglichen.

Die CDU muss aufhören, gegen die Windenergie zu polemisieren, da sie ein wichtiger Pfeiler in der Umsetzung der Energiewende ist. Die SPD wird weitergehende Vorschläge für Regelungen der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen vorlegen. Insbesondere kann es nicht sein, dass hessische Kommunalunternehmen gegenüber öffentlichen Unternehmen aus anderen Bundesländern benachteiligt werden, weil diese sich an hessischen Ausschreibungen beteiligen können, aber nicht umgekehrt. Insgesamt haben CDU und Grüne die Chance verpasst, mit einer umfassenden Reform der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen, diesen auch wirtschaftliche Möglichkeiten zur Wertschöpfung zu geben. Die Kommunen sind wegen dieser kommunalfeindlichen Politik der Landesregierung ohnehin in schwere finanzielle Fahrwasser geraten und sind dringend auf jeden Euro auch an Einnahmen angewiesen.

Eine Information der SPD-Nordhessenrunde